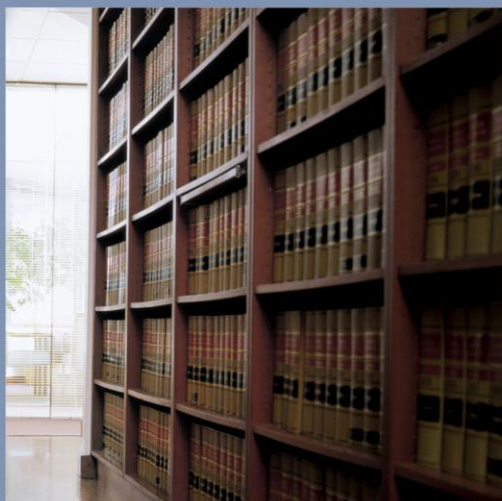


vbw

Die bayerische Wirtschaft



Position

SPD-Regierungsprogramm 2017-2021 Eine Bewertung der vbw

Stand: Juni 2017
www.vbw-bayern.de

Vorwort

Deutschland nicht schlechtreden!

Der starke Arbeitsmarkt in Deutschland hat dank erfolgreicher Unternehmen für ein nie dagewesenes Wohlstandsniveau gesorgt. Europaweit wird unser Land darum beneidet. Das vollmundig „Regierungsprogramm 2017 bis 2021“ genannte Wahlprogramm der SPD mit seinen Plänen für mehr Umverteilung bringt diese soziale Errungenschaft ins Wanken. Insbesondere das Vorhaben, befristete Beschäftigungsverhältnisse stärker zu regulieren, gefährdet die gute Beschäftigungssituation und schadet den Schwächsten am Arbeitsmarkt, nämlich Langzeitarbeitslosen, Geringqualifizierten und Berufsanfängern. Ihnen wird der Einstieg in den Arbeitsmarkt erschwert. Statt auf Regulierung zu setzen muss unser Land Eigenverantwortung stärken. Auch die geplante Fixierung des Rentenniveaus auf 48 Prozent, ein Einfrieren des Renteneintrittsalters und die Einführung einer Solidarrente zeugen von wenig Weitsicht des SPD Programms. Leistungsausweitungen bedeuten Umverteilungen auf Kosten der jüngeren Generationen und verschieben die Probleme in die Zukunft.

Was Deutschland stattdessen braucht sind zukunftsweisende Konzepte, die die Herausforderungen unserer Zeit konstruktiv in Angriff nehmen ohne das Erreichte zu gefährden. Mit diesem Blickwinkel hat die vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V. das Wahlprogramm der SPD analysiert und in vorliegendem Positionspapier aus Sicht der bayerischen Wirtschaft bewertet.

Bertram Brossardt
30. Juni 2017

Inhalt

1	Arbeits- und Tarifrecht	1
1.1	Tarifpolitik	1
1.2	Allgemeinverbindlichkeitserklärung	2
1.3	Nachwirkung von Tarifverträgen	2
1.4	Tariftreue Regelung	2
1.5	Verbandsklagerecht für Gewerkschaften	3
1.6	Minijobs	3
1.7	Abschaffung der sachgrundlosen Befristung	4
1.8	Arbeitnehmerüberlassungsgesetz	4
1.9	Arbeit auf Abruf	4
1.10	Beschäftigtendatenschutzgesetz	5
1.11	Stärkung des Mitbestimmungsrechts bei Einführung von Softwarelösungen	5
1.12	Wahlarbeitszeit / mobile Arbeit	6
1.13	Langzeitkonten	6
1.14	Recht auf Nicht-Erreichbarkeit / Erweiterung Arbeitsschutz	7
1.15	Bürokratieabbau	7
1.16	Mindestlohn	7
1.17	Betriebliche Mitbestimmung	8
1.18	Whistleblower	8
1.19	Lohngerechtigkeit	9
2	Bildung	11
2.1	Vorschule	11
2.2	Schule	12
2.3	Hochschule	12

2.4	Berufliche Bildung	14
2.5	Weiterbildung.....	15
3	Digitalisierung.....	17
3.1	Datennutzung	17
3.2	IT-Sicherheit	17
3.3	Open Data	17
4	Energiepolitik.....	19
5	Familie und Frauen	21
5.1	Familie	21
5.2	Gleichstellung	21
6	Finanzmarktregulierung	23
7	Frieden und Stabilität in der Welt	25
8	Mobilität.....	27
9	Nachhaltigkeit / Corporate Social Responsibility	29
10	Sicherheit im Alltag	31
11	Sozialpolitik.....	33
11.1	Rente	33
11.2	Gesetzliche und private Krankenversicherung (GKV/PKV), Pflege	34
11.3	Arbeitslosenversicherung.....	34
11.4	Inklusion	35
12	Steuerpolitik.....	37
13	Umwelt.....	39
14	Unternehmensmitbestimmung	41
15	Urheberrecht	43
16	Verbraucherrechte	45

17	Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion.....	47
18	Wirtschaftskriminalität	49
19	Wirtschafts- und Innovationspolitik	51
20	Zuwanderung	52
20.1	Einwanderungsgesetz.....	52
20.2	Integration.....	52
	Ansprechpartner	55
	Impressum.....	55

Hinweis

Diese Information ersetzt keine rechtliche Beratung im Einzelfall. Eine Haftung übernehmen wir mit der Herausgabe dieser Information nicht.

Zitate aus dieser Publikation sind unter Angabe der Quelle zulässig.

1 Arbeits- und Tarifrecht

Die gute Entwicklung des deutschen Arbeitsmarktes nicht gefährden.

1.1 Tarifpolitik

Die Forderung der SPD

Sichere Arbeit und gute Löhne

Die SPD fordert im Einzelnen

- Familienarbeitszeit und Familiengeld tarifvertraglich begleiten
 - Unser Ziel: unbefristete Arbeit – sozial abgesichert und nach Tarif bezahlt. Das muss für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wieder der Normalfall sein.
 - Wir wollen einen Pakt für anständige Löhne und eine stärkere Tarifbindung. Voraussetzung für gute Löhne und gute Arbeitsbedingungen in allen Branchen sind starke Gewerkschaften und eine hohe Tarifbindung. Deshalb werden wir den eingeschlagenen Weg der gesetzlichen Privilegierung von Tarifpartnerschaft fortsetzen. Tarifgebundenen Betrieben geben wir mehr Gestaltungsmöglichkeiten als Betrieben ohne Tarifbindung.
-

Die Position der vbw

Grundgesetzlich geschützte Tarifautonomie wahren, negative Koalitionsfreiheit respektieren

Die vbw setzt sich für die Wahrung der Tarifautonomie ein und wirbt für eine hohe Tarifbindung. Tarifbindung ist aber kein Selbstzweck. Tarifautonomie funktioniert nur, wenn staatliche Eingriffe unterbleiben bzw. eine Ausnahme darstellen. Weder darf der Staat bzw. eine Regierung sich als „dritte Tarifvertragspartei“ betätigen, noch die negative Koalitionsfreiheit außer Betracht lassen. Es ist Aufgabe der Tarifvertragsparteien, sich selbst um Attraktivität und Akzeptanz ihrer Tarifverträge zu kümmern. Alle Forderungen, die Tarifbindung durch weitere Einschränkungen der Tarifautonomie und gesetzlichen Zwang stärken wollen, bewirken das Gegenteil.

Nicht tarifgebundene Unternehmen dürfen gegenüber tarifgebundenen Unternehmen nicht benachteiligt werden. Eine gesetzliche Öffnung nur für originär tarifgebundene Unternehmen ist verfassungswidrig. Wenn der Gesetzgeber tarifdispositives Recht schafft, muss er die Möglichkeit vorsehen, dass Außenseiter den abweichenden Tarifvertrag anwenden können, sofern diese Außenseiter-Arbeitsverhältnisse unter den Geltungsbereich des abweichenden Tarifvertrags fallen.

1.2 Allgemeinverbindlichkeitserklärung

Die Forderung der SPD

Die Möglichkeit der Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen werden wir weiter verbessern und die Voraussetzungen präzisieren. Die Rechtssicherheit der allgemeinen Verbindlichkeit von Tarifverträgen muss gegebenenfalls auch rückwirkend gewährleistet sein.

Die Position der vbw

Keine weiteren Erleichterungen für Allgemeinverbindlichkeitserklärungen

Die vbw fordert, die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen restriktiv zu handhaben, um die Tarifautonomie nicht zu beschädigen. Eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung muss als Eingriff in die negative Koalitionsfreiheit die Ausnahme bleiben. Der Staat darf sich nicht als „dritte Tarifvertragspartei“ betätigen. Für die Rückwirkung sollte aus Gründen der Rechtssicherheit auf das Datum der Veröffentlichung des Antrags im Bundesanzeiger zurückgegriffen werden.

1.3 Nachwirkung von Tarifverträgen

Die Forderung der SPD

Wir wollen die kollektive Nachwirkung von Tarifverträgen, etwa im Falle der Auslagerung von Betrieben oder Betriebsteilen, bis zur Ablösung durch einen neuen Tarifvertrag.

Die Position der vbw

Keine Verschärfung der Nachwirkung von Tarifverträgen

Die vbw tritt dem entgegen. Bereits die aktuelle Rechtslage bewahrt die Arbeitnehmer bei Umstrukturierungen vor einem tariflosen Zustand, da in jedem Fall sichergestellt wird, dass tarifliche Rechte neu zur Anwendung kommen oder fortgelten. Die gesetzlichen Regelungen zur Nachwirkung sind bereits heute sehr weitreichend.

1.4 Tariftreue Regelung

Die Forderung der SPD

Bei der Vergabe öffentlicher Aufträge müssen Tariftreue-Regelungen verstärkt zum Einsatz kommen.

Die Position der vbw: *Keine Tariftreueregelungen / Tariftreuegesetze*

Die vbw spricht sich gegen Tariftreueregelungen bzw. Tariftreuegesetze aus. Solche marktwidrigen Regelungen fördern regionalen Protektionismus. Sie verkomplizieren und verteuern zudem die Vergabepaxis. Damit wird der Spielraum in den öffentlichen Haushalten für dringend notwendige Investitionen weiter eingeschränkt. Im Übrigen besteht seit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns in Deutschland kein Bedarf mehr für vergaberechtliche Sondervorschriften.

1.5 Verbandsklagerecht für Gewerkschaften

Die Forderung der SPD

Um die Rechte der Beschäftigten besser zu schützen, werden wir ein Verbandsklagerecht für Gewerkschaften einführen.

Die Position der vbw

Kein Verbandsklagerecht

Die vbw lehnt dies ab, weil der einzelne Arbeitgeber nicht Partei des Flächentarifvertrags ist. Außerdem besitzen Gewerkschaften bereits jetzt rechtliche Möglichkeiten, auf die Tarifierstellung Einfluss zu nehmen, zum Beispiel durch einen Einwirkungsanspruch auf die Tarifvertragspartei. Ein Verbandsklagerecht ist auch deshalb abzulehnen, weil Arbeitnehmer und Betriebsräte eigene Klage- und Antragsrechte haben. Gewerkschaften sind nicht besser geeignet, die Einhaltung von Tarifverträgen und gesetzlichen Mindestvorschriften zu kontrollieren. Ein Verbandsklagerecht der Gewerkschaften führt lediglich zu einer Bevormundung der Belegschaft und stört den betrieblichen Frieden.

1.6 Minijobs

Die Forderung der SPD

Geringfügige Beschäftigung abbauen und Beschäftigten den Weg aus Minijobs in sozialversicherungspflichtige Arbeit öffnen.

Die Position der vbw

Die Zielsetzung, die Übergänge von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu verbessern, ist grundsätzlich zu begrüßen. Voraussetzung ist allerdings, dass dies im jeweiligen Einzelfall vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer auch gewünscht wird. In der Diskussion um Minijobs ist es wichtig zu berücksichtigen: Die geringfügige Beschäftigung entspricht in den meisten Fällen den persönlichen Wünschen der Betroffenen. Häufig handelt es sich um Personen, die keine umfangreiche

Erwerbstätigkeit anstreben, sich aber dennoch etwas hinzuverdienen möchten. Dies gilt gerade für Schüler, Studierende, Rentner und (Ehe)-Partner. Über 80 Prozent der Minijobber mit ihrer Arbeitszeit zufrieden und wünschen sich keinen größeren Stundenumfang (IAB, 2016).

1.7 Abschaffung der sachgrundlosen Befristung

Die Forderung der SPD

Sachgrundlose Befristung abschaffen / Sachgründe einschränken

Die Position der vbw

Flexible Beschäftigungsformen, wie Befristungen, ermöglichen Unternehmen häufig erst die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Eine Einschränkung von befristeten Beschäftigungsverhältnissen würde die gute Arbeitsmarktlage gefährden und gerade Langzeitarbeitslosen, Geringqualifizierten und Berufsanfängern den Einstieg in den Arbeitsmarkt erschweren.

1.8 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

Die Forderung der SPD

Equal pay ab erstem Arbeitstag, Abweichung nur durch repräsentative Tarifverträge, Synchronisationsverbot, Ausbau der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats

Die Position der vbw

Die Zeitarbeit ist ausreichend reguliert. Ihr Erfolg darf weder durch neue Restriktionen noch durch die Rücknahme früherer Arbeitsmarktreformen gefährdet werden. Die Lohnuntergrenze in der Zeitarbeitsbranche liegt seit 01. März 2017 bei 9,23 Euro (Westdeutschland) bzw. 8,91 Euro (Ostdeutschland) und damit über dem gesetzlichen Mindestlohn. Überdies finden nahezu in allen Branchen tarifliche Zuschlagsregelungen Anwendung. Für neue gesetzliche Regelungen gegen Lohnunterschiede zwischen Stammbeschäftigten und Zeitarbeitern besteht kein Anlass.

1.9 Arbeit auf Abruf

Die Forderung der SPD

Arbeit auf Abruf eindämmen

Die Position der vbw

Arbeit auf Abruf ist ein wichtiges Instrument um kurzfristig schwankenden Arbeitsbedarf auszugleichen (z. B. in wetterabhängigen Betrieben wie Biergärten o. ä.) Es gibt bereits strenge, durch die Rechtsprechung konkretisierte Regelungen zum Schutz der Arbeitnehmer bei Arbeit auf Abruf, z. B. die Pflicht eine Mindestarbeitszeit festzulegen, eine maximale Schwankung der Arbeitszeit von 25 Prozent festzulegen und eine Ab-ruffrist von 4 Tagen. Weitere Regelungen sind keinesfalls erforderlich.

1.10 Beschäftigtendatenschutzgesetz

Die Forderung der SPD

Schaffung eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes zum Schutz vor Missbrauch persönlicher Daten.

Die Position der vbw

Die Schaffung eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes bzw. Verschärfung des Beschäftigtendatenschutzes ist nicht notwendig und würde daher zu unnötiger Bürokratie und zu Wettbewerbsnachteilen führen. Das jüngst aktualisierte Recht (EU-Datenschutz-Grundverordnung – ab Mai 2018 – und angepasstes Bundesdatenschutzgesetz) schützt das Persönlichkeitsrecht der Arbeitnehmer in umfassendem Maße.

1.11 Stärkung des Mitbestimmungsrechts bei Einführung von Softwarelösungen

Die Forderung der SPD

Stärkung der Ressourcen der Betriebsräte bei der Einführung von IT-Systemen und Software.

Die Position der vbw

Der Betriebsrat darf kein Mitbestimmungsrecht haben, wenn der Arbeitgeber neue Software im Betrieb einführen will und damit keine Leistungs- und Verhaltenskontrolle der Mitarbeiter bezweckt. Die Einbeziehung der Arbeitnehmervertretung darf erst dann erforderlich sein, wenn der Arbeitgeber die Überwachung der Belegschaft beabsichtigt. Anderenfalls hat der Betriebsrat in Zeiten der Digitalisierung mit laufenden Software-Updates etc. nahezu jederzeit die Möglichkeit, Betriebsabläufe erheblich zu stören.

1.12 Wahlarbeitszeit / mobile Arbeit

Die Forderung der SPD

Wahlarbeitszeit einführen, Recht auf befristete Teilzeit und mobile Arbeit schaffen

Die Position der vbw

Wahlarbeitszeit und befristete Teilzeit widersprechen einer zeitgemäßen Auffassung von flexibler Arbeitsgestaltung. Diese Instrumente brächten den Beschäftigten keine zusätzliche Flexibilität, sondern schafften massive bürokratische Belastungen, die vor allem für kleine und mittlere Unternehmen kaum zu bewältigen sind. Schon die zahlreichen bestehenden Ansprüche auf Veränderung der Arbeitszeit im Falle von Elternzeit, Pflegezeiten oder anlassunabhängig stellen die Betriebe vor erhebliche, oft kaum zu bewältigende Herausforderungen. Jede einzelne Änderung von Arbeitszeit verursacht auf betrieblicher Seite notwendigerweise erheblichen bürokratischen Aufwand und Kosten.

Auch ein Anspruch auf mobile Arbeit ist abzulehnen. In vielen Branchen und Betrieben werden hier ohnehin schon spezifische und flexible Lösungen gefunden, die den Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gleichermaßen gerecht werden und oftmals von Vereinbarungen der Sozialpartner bzw. Betriebspartner getragen werden. Eine individuelle Möglichkeit einzelner Arbeitnehmer hier auszuscheren, würde die personalpolitische Balance in der betrieblichen Praxis gefährden. Die für mobile Arbeit bzw. Arbeit im Homeoffice erforderliche Datenübertragung stellt außerdem – auch bei guter Sicherung – ein Einfallstor für Cyberangriffe dar. Die damit verbundenen Risiken können Arbeitgebern in bestimmten, sensiblen Bereichen keinesfalls zugemutet werden. Letztlich muss es der grundgesetzlich geschützten unternehmerischen Entscheidungsfreiheit überlassen bleiben, wo der Arbeitseinsatz der Mitarbeiter erfolgt.

1.13 Langzeitkonten

Die Forderung der SPD

Langzeitkonten betriebsübergreifend organisieren

Die Position der vbw

Langzeitkonten und Wertguthabenvereinbarungen können eine zeitgemäße Antwort auf betriebliche Herausforderungen, wie z. B. den demografischen Wandel oder Flexibilisierungswünsche der Beschäftigten, sein. Durch die engen rechtlichen Grenzen in den §§ 7 b-f SGB IV sind solche Gestaltungen für Unternehmen jedoch oft nicht attraktiv. Die Stärkung der Portabilität durch die angedachte Ausweitung der Übertragungs-

möglichkeiten kann, wenn sie praxisgerecht und unbürokratisch ausgestaltet wird, die Attraktivität dieses Instrumentes steigern.

1.14 Recht auf Nicht-Erreichbarkeit / Erweiterung Arbeitsschutz

Die Forderung der SPD

Recht auf Nicht-Erreichbarkeit schaffen / Regelungen zum Arbeitsschutz erweitern

Die Position der vbw

Es muss weiterhin möglich sein, dass Arbeitnehmer die Möglichkeiten, nach Dienstschluss oder im Urlaub erreichbar zu sein, im Rahmen ihrer Aufgabenerledigung freiwillig nutzen können, wenn sie dies für sinnvoll halten. Einen zwangsweisen Ausschluss der Erreichbarkeit, z. B. durch Serverabschaltungen, darf es nicht geben. Weitere Regelungen zum Arbeitsschutz sind überflüssig, da bereits durch die bestehenden gesetzlichen Forderungen zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen ein wirkungsvolles Instrument zur Einhaltung und Verbesserung des Arbeitsschutzes besteht. Weitergehende Detailvorschriften in diesem Bereich können den betrieblichen und branchenspezifischen Besonderheiten nicht gerecht werden.

1.15 Bürokratieabbau

Die Forderung der SPD

Befreiung der Unternehmen von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

Die Position der vbw

Die Forderungen der SPD zum Bürokratieabbau gehen nicht weit genug. Es ist ein Konzept für ein systematisches Vorgehen notwendig, das neben dem Abbau bestehender Regulierungen auch die Eindämmung neuer Vorschriften zum Ziel hat. Jedes neue Rechtsetzungsvorhaben muss in Bezug auf Notwendigkeit, Alternativen, Regelungsumfang, Verständlichkeit, Praktikabilität, Geltungsdauer und das Verhältnis von Kosten und Nutzen hin überprüft werden. Es sollte auf Erfahrungen anderer Länder (z. B. Großbritannien und Dänemark) zurückgegriffen werden.

1.16 Mindestlohn

Die Forderung der SPD

Abschaffung der Ausnahme für Langzeitarbeitslose sowie Evaluierung und möglicherweise Abschaffung der Ausnahme für unter 18-Jährige

Die Position der vbw

Der gesetzliche Mindestlohn erzeugt erhebliche bürokratische Belastungen. Dies darf nicht durch die Ausweitung des persönlichen Anwendungsbereichs des Mindestlohngesetzes verschärft werden. Die Ausnahme für Langzeitarbeitslose darf nicht in Frage gestellt werden. Sie muss vielmehr auf die ersten zwölf Monate der Beschäftigung ausgedehnt werden und muss sich auch auf Personen mit erheblichen Vermittlungshemmnissen erstrecken. Die Altersgrenze für die Nichtgeltung des Mindestlohns bei Ungelernten muss zumindest auf 21 Jahre angehoben werden, um dem durchschnittlichen Alter von Ausbildungsanfängern von über 20 Jahren Rechnung zu tragen. Mit der von der SPD geplanten Abschaffung würde die Motivation zur Aufnahme einer ungelerten Tätigkeit hingegen erhöht und der Fachkräftemangel in Deutschland verschärft.

1.17 Betriebliche Mitbestimmung

Die Forderung der SPD

Initiativrecht bei betrieblichen Bildungsmaßnahmen, Verfolgung der Behinderung von Betriebsratswahlen als Offizialdelikt, Vereinfachung des Wahlverfahrens, Ausweitung Sonderkündigungsschutz, Stärkung des Mitbestimmungsrechts bei Werkverträgen

Die Position der vbw

Die bestehenden Rechte des Betriebsrats bei der betrieblichen Berufsbildung sind ausreichend. Die Entscheidung darüber, ob entsprechende Maßnahmen für die erfolgreiche Entwicklung des Betriebs erforderlich sind, muss beim Arbeitgeber verbleiben. Die Betriebsratswahlen sind eine innerbetriebliche Angelegenheit, sodass die Wahlbehinderung ein Antragsdelikt mit beschränktem Kreis von Antragsberechtigten bleiben muss. Die Vereinfachung des Wahlverfahrens ist zu begrüßen. Sie muss aber so gestaltet werden, dass auch der Zeitaufwand für den Wahlvorstand reduziert wird. Der Sonderkündigungsschutz für die Initiatoren von Betriebsratswahlen ist ausreichend. Eine Ausweitung des Mitbestimmungsrechts bei Werkverträgen – also beim Einsatz von Personen, die gar nicht in die betriebliche Organisation eingegliedert sind – wäre systemwidrig und würde in die Unternehmerische Entscheidungsfreiheit eingreifen.

1.18 Whistleblower

Die Forderung der SPD

Mehr Sicherheit für Whistleblower

Die Position der vbw

Es besteht keine Notwendigkeit, den Hinweisgeberschutz über das bestehende Maß hinaus gesetzlich zu regeln. Der Schutz von Whistleblowern vor Kündigungen und sonstigen arbeitsrechtlichen Maßnahmen ist gewährleistet. Die Rechtsprechung der Gerichte für Arbeitssachen bringt die Aufklärungs- und Arbeitnehmerschutzinteressen einerseits und das Interesse des Arbeitgebers an der Geheimhaltung interner Informationen zu einem gerechten Ausgleich.

1.19 Lohngerechtigkeit

Die Forderung der SPD

Weiterentwicklung des Entgelttransparenzgesetzes zu einem Entgeltgleichheitsgesetz.

Die Position der vbw

Die angeführte unbereinigte Entgeltlücke in Höhe von ca. 21 Prozent ist nicht aussagekräftig, da dabei Männer und Frauen völlig unabhängig von Qualifikationen, Erwerbsbiografien und anderen Faktoren miteinander verglichen werden. Die bereinigte Lohnzahlungslücke liegt nach wissenschaftlichen Berechnungen zwischen 2,3 und 3,8 Prozent. Die Hauptursachen liegen in den unterschiedlichen Präferenzen sowie Lebens- und Berufswelten von Frauen und Männern. Die Politik muss daher die Rahmenbedingungen verbessern, anstatt mehr Bürokratie zu schaffen.

.

2 Bildung

Kein Aufweichen des Bildungsföderalismus

Die Forderung der SPD *Gebührenfreie Bildung*

Die SPD beabsichtigt, die Bildung gebührenfrei zu machen. „Und zwar von der Kita über die Ausbildung und das Erststudium bis zum Master und zur Meister- / Technikerprüfung.“

Die Position der vbw

Kostenfreiheit führt nicht automatisch zu mehr Qualität in der Bildung. Die Forderung nach einer allgemein gebührenfreien Bildung stellt zudem den Bildungsföderalismus infrage. Doch das System des Bildungsföderalismus hat sich bewährt, der Wettbewerb unter den Ländern sorgt für Vergleichbarkeit und verhindert Beliebigkeit. Er sorgt dauerhaft für mehr Qualität. Die Forderung nach mehr Geld für Bildung von Seiten des Bundes und dadurch auch nach mehr Einfluss nimmt die Länder aus der Pflicht und kehrt die grundgesetzlich verankerte Verantwortlichkeit um. Indirekt würde das auch zu einem neuen Länderfinanzausgleich führen.

2.1 Vorschule

Die Forderung der SPD *Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kitakindern, Steigerung der Kita-Qualität, Verbesserung und Aufwertung des Berufs „Erzieherin / Erzieher“*

Die Position der vbw

Einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kitakindern lehnt die vbw ab. Auf der Ebene der einzelnen Länder müssen vielmehr von diesen verantwortete Maßnahmen für einen bedarfsgerechten Ausbau qualitativ wertvoller Angebote umgesetzt werden. Ziel muss es sein, Kindergärten zu echten (kleinkindgerechten) Bildungseinrichtungen weiterzuentwickeln. Das Personal muss in Aus- und Weiterbildung entsprechend noch stärker qualifiziert werden.

2.2 Schule

Die Forderung der SPD

Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung (in einem ersten Schritt für Grundschulkin-der), Ausbau von Ganztagschulen, Ausbau der Schulsozialarbeit, Stärkung der Berufs- und Studienorientierung, Weiterentwicklung der Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte (Qualitätsoffensive), Ausbau der digitalen Bildung inkl. Entwicklung entsprechender Bildungsstandards

Die Position der vbw

Auch für den Schulbereich gilt, dass die vbw einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung über alle Altersstufen als nicht sinnvoll erachtet. Die weiteren inhaltlichen Punkte werden grundsätzlich von der vbw geteilt – mit der Anmerkung, dass der Ganztagschulausbau am Bedarf orientiert und als Angebot für die Eltern erfolgen muss. Die vbw spricht sich aber eindeutig gegen die Position der SPD aus, dass bei der Umsetzung dieser Maßnahmen der Bund einen bedeutenden Einfluss nehmen soll. Dem Ziel der SPD „...brechen wir in einem ersten Schritt das Kooperationsverbot auf. ... Darüber hinaus wollen wir aber eine vollständige Aufhebung des Kooperationsverbotes.“ erteilt die vbw eine Absage. In der schulischen Bildung belegt Bayern in Leistungsvergleichsstudien kontinuierlich Spitzenplätze. Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in der Kulturhoheit der Länder, die es ermöglicht, Bildungspolitik eigenverantwortlich zu planen und umzusetzen. Bildungsstandards sind auf Bundesebene über die Kultusministerkonferenz auf der Ebene der Länder angesiedelt und werden von diesen – ohne den Bund – umgesetzt. An dieser Praxis soll keine Veränderung vorgenommen werden.

2.3 Hochschule

Die Forderung der SPD

Gebührenfreies Erststudium, Frauen-Quote von 40 Prozent in wissenschaftlichen Führungspositionen

Die SPD fordert im Einzelnen:

- Berufliche und akademische Ausbildung sind gleichwertig
- Stärkung der Hochschulautonomie und verlässliche Hochschulfinanzierung
- Stärkung der MINT-Bildung und Frauenförderung in diesem Bereich
- Dauerhafte Fortführung der Wissenschafts- und Hochschulpakete
- Mehr Durchlässigkeit im Bildungssystem (etwa für Meisterzugang zum Masterstudium / „Open University“ für Menschen ohne Abitur)
- Stärkung dualer Studiengänge / Schaffung einer bundesweiten Vergleichbarkeit dualer Studiengänge und Definition von Qualitätskriterien / Regelung der Praxisphasen dualer Studiengänge im Berufsbildungsgesetz
- Stärkung der internationalen Sichtbarkeit der deutschen Hochschullandschaft
- Verringerung von Befristungen an den Hochschulen

- Einführung eines Frauenanteils von 40 Prozent in wissenschaftlichen Führungspositionen (verbindliche Quote)
 - Verringerung von Studienabbrüchen durch bessere Betreuung der Studierenden
 - Förderung von Promotions-Kooperationsmodellen zwischen Universitäten und FHs
 - Forcieren der Digitalisierung der Hochschulen über eine Ausstattungsinitiative
 - Unterstützung der Fachhochschulen durch ein Bund-Länder-Programm (für zusätzliches wissenschaftliches Personal / Umsetzung einer Internationalisierungsstrategie)
 - Sicherung der Bologna-Erfolge durch die Möglichkeit, Studieneingangsphasen flexibler zu gestalten / Begrenzung der ausufernden Zahl an Studiengängen
 - Öffnung des höheren Dienstes für Bachelor-Absolventen mit Promotion bzw. mehrjähriger beruflicher Erfahrung
 - Erhöhung der Anzahl an Masterstudienplätzen
 - Bedarfsgerechte Erhöhung der Bafög-Fördersätze (stärkere Ausrichtung auf Lebenssituation)
 - Stärkere Verankerung des Themas Unternehmensgründung in der Hochschule
 - Weiterentwicklung des Pakts für Forschung und Innovation / Erhöhung des F+E-Anteils auf 3,5 Prozent des BIP
 - Verdoppelung der Forschungsförderung
-

Die Position der vbw

Zahlreiche Forderungen des Papiers basieren auf einem breiten gesellschaftlichen Konsens (z. B. die Forderung nach Durchlässigkeit im Bildungssystem, nach einer verlässlichen Hochschulfinanzierung oder nach einer Verringerung der Studienabbruchsquote). In vielen Punkten liegt das Programm zudem auf der Linie der Verbände (Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung, Stärkung der MINT-Bildung, Förderung von Frauen im MINT-Bereich, Stärkung dualer Studiengänge, Stärkere Verankerung des Themas Unternehmensgründung in der Hochschule, Digitalisierung).

Andere Positionen widersprechen unseren Positionen allerdings deutlich:

- Das gilt u. a. für das SPD-Bekenntnis zu einem gebührenfreien Erststudium.
- Auch der Bildungsföderalismus wird teils infrage gestellt, etwa über die Ankündigung, „die neuen Möglichkeiten im Grundgesetz (zu) nutzen und in diesem Sinne gemeinsam mit den Ländern und der Wissenschaft die Grundfinanzierung der Hochschulen (zu) stärken“. Unsere Position ist, dass Zentralisierungstendenzen des Bundes trotz der Aufhebung des Kooperationsverbots zurückzuweisen sind und die Bildungspolitik keine Domäne des Länderfinanzausgleichs werden darf.
- Auch die Forderung einer verbindlichen Frauen-Quote von 40 Prozent in wissenschaftlichen Führungspositionen ist, analog zu unserer Position zur Frauenquote insgesamt, abzulehnen (v. a. an Hochschulen mit MINT-Schwerpunkt).
- Ebenfalls kritisch zu hinterfragen ist die Forderung der SPD nach einer Erhöhung der Anzahl an Masterstudienplätzen. Die vbw ist vielmehr der Ansicht, dass die Zahl der erwerbstätigen Bachelor-Absolventen noch nicht so hoch ist, wie gewünscht.

Anstatt ein konsekutives Masterstudium aufzunehmen, empfiehlt es sich aus Sicht der vbw, dass mehr Bachelor-Absolventen als bisher direkt in den Arbeitsmarkt eintreten.

- Kritisch zu bewerten ist auch die Forderung der SPD, die Praxisphasen dualer Studiengänge im Berufsbildungsgesetz zu regeln. Diese Forderung zielt offensichtlich auf das Modell mit vertiefter Praxis ab. Für diese Art der Ausbildung gelten bislang die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs und die einschlägigen Schutzgesetze. Setzt sich die SPD mit dieser Forderung durch, wäre ein bürokratischer Mehraufwand für Unternehmen zu befürchten, die im Rahmen des Studienmodells entsprechende Praxisphasen anbieten.

2.4 Berufliche Bildung

Die Forderung der SPD

Ein starkes und attraktives duales Ausbildungssystem

Die SPD fordert im Einzelnen

- Duales Ausbildungssystem stärken und attraktiver machen
- Frühzeitige Berufsorientierung und unterbrechungsfreie Berufseinstiegsbegleitung, z. B. durch Jugendberufsagenturen
- Ausbildungsgarantie und Mindestausbildungsvergütung für Jugendliche
- Stärkung von Ausbildungsfonds, getragen durch die Sozialpartner
- Investitionen in Jugend- und Ausbildungswohnheime
- Ankündigungsfrist für Arbeitgeber zur Übernahme nach Ende der Ausbildung
- Abschaffung der sachgrundlosen Befristung
- Gezielte Förderung, falls nach Ende der Schulpflicht keine berufliche Perspektive besteht
- Ausbau der assistierten Ausbildung und von Teilzeitausbildungen
- Novellierung der Berufsbildungsgesetz mit Schwerpunkt auf die Verbesserung der Ausbildungsqualität
- Entwicklung einer Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0 (z. B. Weiterbildungen für Ausbilder und Weiterentwicklung des BBIG)
- Vollschnulische Ausbildungen bei den sozialen Berufen abschaffen
- Auf EU-Ebene die EU-Mittel im Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit aufstocken und in einem permanenten Jugendbeschäftigungsfonds bündeln
- Forderung eines europäischen Mobilitätsprogramms

Die Position der vbw

Viele grundlegende Forderungen der SPD decken sich mit den Positionen der vbw. So setzt sich auch die vbw für ein starkes und attraktives duales Ausbildungssystem sowie eine frühzeitige Berufsorientierung ein. Auch die Forderung des Ausbaus der assistierten Ausbildung sowie von Teilzeitausbildung wird von der vbw geteilt. Eine gezielte Förderung, falls nach Ende der Schulpflicht keine berufliche Perspektive besteht, ist

auch aus vbw Sicht zielführend, um alle Potenziale zu heben. Keine Notwendigkeit sieht die vbw für eine Ausbildungsgarantie sowie eine Mindestausbildungsvergütung für Jugendliche. Jedem ausbildungswilligen und -fähigen Jugendlichen in Bayern steht rein rechnerisch bereits heute mehr als eine gemeldete Berufsausbildungsstelle gegenüber. Eine Mindestausbildungsvergütung könnte in einigen Branchen dazu führen, dass weniger Ausbildungsstellen angeboten werden. Dies wäre weder im Interesse der Unternehmen noch im Interesse der Jugendlichen. Ob die Stärkung von Ausbildungsfonds sinnvoll ist, ist branchenabhängig zu prüfen. Eine pauschale Forderung danach ist nicht zielführend. Investitionen in Jugend- und Ausbildungswohnheime sind sinnvoll, wenn sie die Mobilität von Jugendlichen fördern. Auch hier ist dies individuell zu prüfen, bevor größere Investitionen getätigt werden. Planungssicherheit nach der Ausbildung ist für die Jugendlichen wie für die Unternehmen wünschenswert. Dabei sind jedoch stets die gesamtwirtschaftliche Lage sowie die Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, die es den Unternehmen in Teilen erschweren, frühzeitig belastbare Aussagen zu einer Übernahme bzw. Entfristung zu treffen. Für eine Novellierung des Berufsbildungsgesetzes gibt es aus Sicht der vbw aktuell keine Notwendigkeit. Dagegen sieht auch die vbw die Notwendigkeit einer Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0. Dieser Prozess wurde u. a. durch die Arbeitgeberverbände bereits angestoßen. Ob es umsetzbar und zielführend wäre, die vollschulischen Ausbildungen bei den sozialen Berufen abzuschaffen ist, ist zunächst in einem engen Dialog mit den beteiligten Akteuren (insbesondere den beteiligten Branchenverbänden) zu klären.

Die Forderungen auf EU-Ebene sind differenziert zu betrachten. Es braucht effiziente Mittel gegen die hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen europäischen Ländern. Dabei dürfen die Mittel jedoch nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden, vielmehr braucht es passgenaue Lösungen. Die Forderung nach einem europäischen Mobilitätsprogramm ist für eine Bewertung zu unkonkret. MobiPro-EU wurde unter einer SPD-Ministerin eingestellt. Nun ist die Frage, wie man sich ein mögliches Nachfolgeprojekt vorstellt.

2.5 Weiterbildung

Die Forderung der SPD
Recht auf Weiterbildung

Die SPD fordert im Einzelnen:

- Recht auf Weiterbildung und Bildungsurlaub
- Einführung eines Erwerbstätigenkonto für Auszeiten zur Weiterbildung und mit Startguthaben
- Chancen der Digitalisierung für berufsbegleitende Weiterbildung nutzen
- Weiterentwicklung des BAföG (z. B. Aus- und Weiterbildungsfinanzierung unter dem Dach „BAföG-Plus“)
- Abschaffung der Gebühren für Techniker- und Meisterkurse
- Kosten der Weiterbildung und des Lebensunterhalts fair zwischen Betrieb, Gesellschaft und Einzelnem aufteilen
- Weiterbildungsoffensive durch Ausbau von bestehenden Qualifizierungsangeboten

- Einführung einer nationalen Weiterbildungskonferenz, bei der die Weiterbildungsinstrumente aufeinander abgestimmt werden sollen
 - Entwicklung eines Fachkräftemonitorings sowie Beratungszentren für Unternehmen zum Thema Arbeiten 4.0
-

Die Position der vbw

Ein Recht auf Weiterbildung ist grundlegend abzulehnen. Die betriebliche Weiterbildung von Beschäftigten ist vorrangig die Aufgabe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, ein einseitiger Anspruch würde diesen Grundsatz verletzen. Vielmehr braucht es eine bedarfs- und zielgerechte Stärkung von Weiterbildung. Dazu kann insbesondere auch eine berufsbegleitende Weiterbildung beitragen sowie der bedarfsorientierte Ausbau von bestehenden Qualifizierungsangeboten. Bereits heute gibt es zahlreiche finanzielle Unterstützungsoptionen für Techniker- und Meisterkurse. Die Absicht hinter der Abschaffung der Gebühren ist durch die SPD noch zu erläutern sowie zu evaluieren, ob der Erlass der Gebühren tatsächlich zu dem noch zu definierenden Ziel beitragen würde. Eine Weiterentwicklung des BAföG im Sinne der Chancengleichheit in der Bildung ist grundsätzlich zu begrüßen, für eine finale Bewertung bleibt auch hier die eine konkretere Darstellung des Vorhabens abzuwarten. Da das Thema Weiterbildung bereits zentraler Bestandteil der bundesweiten Allianz für Aus- und Weiterbildung darstellt, wird keine Notwendigkeit für die Einführung einer nationalen Weiterbildungskonferenz gesehen. Zu dem Thema Arbeiten 4.0 gibt es bereits diverse Monitorings und Beratungsangebote. Hier ist daher zunächst zu prüfen, ob es noch tatsächliche Bedarfe gibt.

3 Digitalisierung

Daten als Rohstoff der Zukunft nutzen.

3.1 Datennutzung

Die Forderung der SPD

Schaffung klarer Regelungen, wie Daten verfügbar gemacht werden können und wer welche Daten wann, zu welchem Zweck und zu welchen Bedingungen verwenden darf.

Die Position der vbw

Über das personenbezogene Datenschutzrecht hinaus, das ohnehin schon eine restriktive Wirkung hat, dürfen keine weitergehenden Ausschließlichkeitsrechte geschaffen werden, die den Big-Data-Anwendungen jede Innovationskraft nehmen würden. Auf die gesetzliche Regelung eines „Dateneigentums“ ist daher zu verzichten; Lösungen sind über vertragliche Gestaltungen zwischen den bei der Datenerhebung und -verarbeitung Beteiligten anzustreben. Erst wenn sich zeigt, dass über vertragliche Gestaltungen keine interessengerechte Rechtsgestaltung möglich ist – oder aber sich im Gegenteil eine gefestigte Praxis gebildet hat, die kodifiziert werden kann, um beispielsweise mit anderen Regelungen daran anknüpfen zu können –, ist an eine gesetzliche Regelung zur Datenzuordnung und -verwertung zu denken.

3.2 IT-Sicherheit

Die Forderung der SPD

Maßnahmen zur Verbesserung der IT-Sicherheit wie Weiterentwicklung des IT-Sicherheitsgesetzes, Stärkung des BSI, Transparenzpflichten für Hersteller, Ausbau der Haftung, Zertifizierungen, Gütesiegel

Die Position der vbw

Mit zunehmender Digitalisierung wird auch das Thema Cyber Security noch mehr an Bedeutung gewinnen. Die oben genannten Maßnahmen dürfen allerdings nicht zu übermäßiger bürokratischer Belastung führen. Zudem dürfen die Maßnahmen nicht zur Gefährdung des Geschäftsbetriebes führen, insbesondere muss Vertraulichkeit gewährleistet sein. Transparenzanforderungen zu Sicherheitslücken sind für Anbieter kritischer Infrastrukturen bereits gesetzlich geregelt, das ist hinreichend.

3.3 Open Data

Die Forderung der SPD

Zurverfügungstellung von Daten der öffentlichen Verwaltung.

Die Position der vbw

Dem ist grundsätzlich zuzustimmen. Daten sind der Rohstoff des Informationszeitalters. Mit Daten der öffentlichen Verwaltung können Projekte besser geplant, Prozesse effizienter gestaltet und neue, attraktive Dienstleistungen entwickelt werden.

3.4 Netzausbau

Die Forderung der SPD

Breitbandausbau weiter fördern, in schnelle Glasfaser investieren

Die Position der vbw

Eine Beschleunigung und weitergehende Förderung des Ausbaus der digitalen Netze ist zielführend. Neben einem Schwerpunkt beim Glasfasernetz muss auch der Ausbau der Mobilfunknetze bis hin zum Aufbau von 5G-Netzen im Fokus stehen.

4 Energiepolitik

Deutschland braucht ein energiepolitisches Gesamtkonzept

Die Forderung der SPD

Erneuerbare Energien weiter ausbauen und alternative Finanzierungsmodelle für die Energiewende prüfen, Energie bis 2050 treibhausgasneutral erzeugen

Die SPD will erneuerbare Energien weiter ausbauen und alternative Finanzierungsmodelle für die Energiewende prüfen. Die Sektorkopplung soll gestärkt und die Energiewende auf den Wärme- und den Verkehrssektor ausgeweitet werden. Speicher und andere Technologien für die Flexibilisierung und die Digitalisierung der Energiewende sollen durch technologieoffene Rahmenbedingungen und F+E vorgebracht werden. Die SPD bekennt sich zum Netzausbau auf Verteil- und Übertragungsebene und will dafür bestehende Leitungen mit neuer Technologie besser auslasten. Haus- und Gebäudebesitzer sollen dabei unterstützt werden, ihre Immobilie auf wirtschaftliche Weise energetisch zu sanieren und mit erneuerbaren Energien zu versorgen.

Die SPD will Energie bis spätestens 2050 weitestgehend treibhausgasneutral erzeugen und dabei sicherstellen, dass die Industrie international wettbewerbsfähig bleibt. Der Europäische Emissionshandel soll als zentrales Klimaschutzinstrument weiterentwickelt werden. Sollte das nicht möglich sein, will die SPD auf EU-Ebene über CO₂-Mindestpreise verhandeln. Die SPD will dabei unterschiedliche Wettbewerbsbedingungen im Klimaschutz berücksichtigen und Carbon Leakage – das Abwandern emissionsintensiver Produktion aus dem Bereich des Emissionshandels heraus – verhindern. Moderne Anlagen der Kraft-Wärme-Kopplung sollen auch künftig für im Energiesystem weiter gefördert werden.

Die Position der vbw

Der Ausbau der erneuerbaren Energien muss technologieoffen und nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen erfolgen. Er muss einem – noch fehlenden – energiepolitischen Gesamtkonzept folgen und mit dem Netzausbau verzahnt sein. Das EEG muss schnellstmöglich abgeschafft werden. Der Strompreis ist kurzfristig durch Abbau oder Wegfall der Stromsteuer zu senken. Auch die Einführung eines Streckungsfonds kann zur Strompreissenkung beitragen.

Eine Verstärkung der Sektorkopplung muss strikt wirtschaftlichen Prinzipien folgen. Die Verteil- und Übertragungsebene kann nicht alleine über eine Aufrüstung bestehender Netze ausreichend ertüchtigen werden. Es bleibt unklar, ob die SPD die Netze auch darüber hinaus ausbauen will. Das ist jedoch unerlässlich.

Die bisherige Politik zur energetischen Gebäudesanierung hat die Sanierungsquote nicht auf das erforderliche Niveau gehoben. Gebäudesanierungsmaßnahmen müssen steuerlich absetzbar werden.

Die Verbindung von Klimaschutz mit Wettbewerbsfähigkeit ist richtig, den Weg dahin lässt die SPD offen. Der europäische Emissionshandel funktioniert bereits. Seine Funktionalität wird allerdings durch nationale Alleingänge wie das EEG eingeschränkt. Hier muss gegengesteuert werden. CO₂-Mindestpreise sind keine sinnvolle Alternative. Der angekündigte Austritt der USA aus dem Weltklimavertrag macht es erforderlich, nationale oder europäische Vorgaben auf den Prüfstand zu stellen und von Verschärfungen abzusehen. Dem Bekenntnis der SPD zu KWK-Anlagen ist zuzustimmen.

5 Familie und Frauen

Keine neuen Belastungen für Unternehmen schaffen

5.1 Familie

Die Forderung der SPD

Erziehende und Pflegende unterstützen

Die Position der vbw

Das Ziel, Erziehende und Pflegende zu unterstützen und zugleich auch eine Beschäftigung zu ermöglichen, ist grundsätzlich zu unterstützen. Die Wege, die die SPD in diese Richtung gehen will, sind jedoch bürokratisch, sehr teuer und teilweise kontraproduktiv, da sie vor allem kleine und mittelständische Unternehmen durch ausgedehnte unrealistische Arbeitnehmerrechte überfordern. Zu nennen sind hier v. a. die sog. Familienarbeitszeit und das damit verbundene Familiengeld, das quasi als „Herdprämie“ für Männer bestimmte Branchen vor gewaltige Herausforderungen stellen würde. Wünschenswert sind auch Punkte wie eine Lohnersatzleistung für Pflegende, eine Kostenbefreiung für Kindergartengebühren und mehr Pflegepersonal. Wie dort eine Finanzierung aussehen soll und woher die SPD diese Pflegekräfte auf einem weitgehend „leerge-räumten“ Fachkräftemarkt nehmen will, wird nicht oder nur in Ansätzen beantwortet.

5.2 Gleichstellung

Die Forderung der SPD

Geschlechterparitätische Besetzung von Führungsgremien

Die Position der vbw

Die SPD verwechselt wie zu erwarten Gleichberechtigung mit einer Gleichverteilung. Dementsprechende Forderungen nach einer 50/50-Verteilung in Führungsgremien oder im Bereich der Bezahlung sind zu finden, ohne auf die Ursachen zu blicken und diese zu berücksichtigen. Stattdessen fordert die Partei ein Gleichstellungs-Monitoring. Die Forderungen sind ein Ruf nach mehr Staat, der für die Auswirkungen privater Entscheidungen zuständig sein soll. Negative Auswirkungen auf die Unternehmen und Belegschaften sind bei Umsetzung der Pläne zu erwarten.

6 Finanzmarktregulierung

Kapitalmarktunion vollenden

Die Forderung der SPD

Bei der Finanzmarktregulierung nach der Unternehmensgröße unterscheiden

Die SPD will bei der Finanzmarktregulierung nach der Unternehmensgröße unterscheiden, eine klare Verschuldungsquote für Banken einführen, Investment- und Geschäftsbanking trennen, Rating- und Beratungsgeschäft trennen und einen einheitlichen europäischen Kapitalmarkt schaffen.

Die Position der vbw

Eine Berücksichtigung der Größe von Finanzunternehmen in der Finanzmarktregulierung ist notwendig. Eine über bisherige Regelungen hinausgehende risikounabhängige Verschuldungsquote ist nicht angebracht. Ein Trennbankensystem führt zu mehr Unsicherheit auf den Finanzmärkten und ist abzulehnen. Ratingagenturen sind schon heute nicht beratend tätig. Ein einheitlicher europäischer Kapitalmarkt steht auf der EU-Agenda und macht Zug um Zug Fortschritte.

7 Frieden und Stabilität in der Welt

Protektionismus bekämpfen

Die Forderung der SPD

Multilateralismus und internationale Partnerschaften

Die SPD bekennt sich zu Multilateralismus und internationalen Partnerschaften. Sie ist der Auffassung, dass Frieden und Sicherheit in Europa nur mit Russland möglich sind. Sie spricht sich für bilaterale Freihandelsabkommen aus und will im Zusammenhang mit ihnen die Finanzierung internationaler Entwicklungszusammenarbeit sichern. Die SPD spricht sich für die Eindämmung von Rüstungsexporten und eine generelle europäische Abrüstung aus, bekennt sich aber zu modernen und leistungsfähigen Streitkräften, die sich darauf verlassen können, die bestmögliche Ausrüstung zur Verfügung gestellt zu bekommen.

Die Position der vbw

Das Bekenntnis der SPD zu Multilateralismus, Kooperation mit Russland und Freihandelsabkommen ist positiv. Eine Bindung von Freihandelsabkommen an die Finanzierung internationaler Entwicklungszusammenarbeit ist nicht zielführend. Moderne Streitkräfte sind auf eine moderne Rüstungsindustrie angewiesen. Technologische Souveränität und tragfähige Marktstrukturen in Europa sind mit einer Marktabschottung oder einer technologischen Autarkie nicht vereinbar.

8 Mobilität

Mobilität marktkonform fördern

Die Forderung der SPD

Mobilität in Deutschland bis 2050 digital und schadstofffrei, barrierefrei und sicher ausrichten.

Die SPD bekennt sich zu Mobilität als wichtigem Standortfaktor. Sie will Mobilität in Deutschland bis 2050 digital und schadstofffrei, barrierefrei und sicher ausrichten. Neue Mobilitätskonzepte wie Carsharing will sie weiter fördern und eine digitale Mobilitätsplattform einführen. Sie will moderne Luft- und Logistikhubs mit bedarfsgerechter Kapazität schaffen. Dazu sollen ambitionierte Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von PKWs auf europäischer Ebene eingeführt und in Deutschland modernste Elektroautos entwickelt und produziert werden. Die Ladeinfrastruktur soll ausgebaut, Forschung und Entwicklung zu Brennstoffzellenantrieben und anderen emissionsarmen Antriebstechnologien weiter gestärkt werden. Zur Ermöglichung automatisierten Fahrens sollen schnelles mobiles Internets an den Hauptverkehrsachsen aufgebaut und Datenschutz, Datensicherheit und insgesamt ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleistet werden. Die SPD will mehr in Verkehrswege investieren. Öffentlich-Private Partnerschaften im Straßenbau solle nur eingegangen werden, wenn deren Wirtschaftlichkeit unter Beteiligung des Bundesrechnungshofs transparent nachgewiesen worden ist. Finanzhilfen des Bundes für den ÖPNV sollen an steigenden Bedarf angepasst werden. Um die Umweltbelastung in Innenstädten zu reduzieren, will die SPD Busse und Taxis mit alternativen Antrieben sowie die Nutzung von Lastenrädern und die Umrüstung innerstädtischer Lieferfahrzeuge fördern.

Die Position der vbw

Das Bekenntnis zu Mobilität als wichtigem Standortfaktor ist zu begrüßen. Gesichert werden können Mobilitätsbedürfnisse nur im Zusammenspiel marktgetriebener Entwicklungen mit zielführenden staatlichen Rahmenbedingungen, Anreizen und Infrastrukturen. Auch der Umstieg auf nachhaltige Antriebssysteme, vor allem Elektromobilität muss sich – ggf. beschleunigt durch Anreizsysteme – schrittweise und marktgerecht entwickeln. Auch das Bekenntnis zu automatisiertem Fahren ist positiv. Die genannten Vorhaben genügen nicht. Notwendig sind auch ein Ausbau digitaler Testfelder für autonomes Fahren und ein EU-weiter Standard zum 5G-Mobilfunk mit dem Aufbau entsprechender Netze auch jenseits der Hauptverkehrsstraßen.

Dem Bekenntnis, mehr zu investieren, ist gut. Die SPD nennt keine konkreten Zahlen. Bis 2030 müssen rund 300 Milliarden Euro in die Bundesverkehrsinfrastruktur investiert werden. Wichtig sind ein stetiger Mittelfluss von 14 Milliarden Euro pro Jahr aus dem Bundeshaushalt, zusätzliche Mittel für den Straßenbau aus der Pkw-Maut, und mehr

öffentlich-private Partnerschaften. Ergänzend notwendig sind angemessene Planungsvorläufe, sachgerechte Priorisierung und konsequente Umsetzung. Verkehrsbezogene Kommunikations-, Leit- und Informationssysteme müssen verstärkt eingesetzt werden.

Zur Verbesserung der Luftqualität in den Städten sind neben technologischen Verbesserungen an den Kraftfahrzeugen intelligente Mobilitätskonzepte notwendig, also eine intelligente Verkehrssteuerung sowie Informationen zur Parkplatzbelegung über Mobilitäts-Apps mit Echtzeit-Daten. Der Bund muss prüfen, wie er diesen Wandel vorantreiben kann.

9 Nachhaltigkeit / Corporate Social Responsibility

Keine nationalen Alleingänge bei CSR

Die Forderung der SPD

Ausweitung der Unternehmensverantwortung

Die SPD spricht sich für eine konsequente Umsetzung des Nationalen Aktionsplans Wirtschaft und Menschenrechte aus und fordert eine Ausweitung der Unternehmensverantwortung. Gefordert werden eine verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflicht von Unternehmen mit Rechenschafts- und Transparenzpflichten entlang der Lieferketten sowie eine stärkere Beachtung sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Kriterien bei der öffentlichen Beschaffung.

Die Position der vbw

Der Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte ist bereits sehr ambitioniert. Weitere nationale Alleingänge bei der gesellschaftlichen Verantwortung von Unternehmen müssen unterbleiben, sonst drohen erhebliche Wettbewerbsnachteile deutscher Unternehmen auf den globalen Unternehmen, was schlussendlich im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung kontraproduktiv wäre. Zudem kann Unternehmen nicht die Verantwortung auferlegt werden, Entwicklungspolitik zu betreiben und fehlende staatliche Governance-Strukturen zu kompensieren.

10 Sicherheit im Alltag

Innere Sicherheit stärken

Die Forderung der SPD

In die Innere Sicherheit investieren

Die SPD will in die Innere Sicherheit investieren und 15.000 Stellen bei der Polizei in Bund und Ländern schaffen. Sie setzt sich für eine engere Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern ein. Bezogen auf die Wirtschaft konzentriert sich die SPD auf den Kampf gegen Wirtschaftskriminalität, geht aber jenseits der Cyberkriminalität (siehe 3.2) auf Schutzbedürfnisse der Wirtschaft nicht ein.

Die Position der vbw

Ausbau von Kapazitäten und Kooperationen zur inneren Sicherheit sind positiv. Die Personalausstattung der Länder ist Ländersache. Unternehmen sind vielfältigen Bedrohungen ausgesetzt. Terrorismus ist nur ein Beispiel. Den damit verbundenen Sicherheitsbedürfnissen muss auch politisch Rechnung getragen werden.

11 Sozialpolitik

Kein Ausbau des Sozialstaats

Die SPD plädiert in ihrem Wahlprogramm für einen umfassenden Ausbau des Sozialstaates, der insbesondere im Bereich der Sozialversicherungszweige Rente, Gesundheit, Pflege und der Arbeitslosenversicherung deutliche Leistungsausweitungen vorsieht.

11.1 Rente

Forderung der SPD

Absinken des Rentenniveaus stoppen und über die gesetzliche Rente den Lebensstandard im Alter sichern

Die SPD tritt mit dem Versprechen an, einen neuen Generationenvertrag auszuhandeln, der den Wert der Arbeit und die Würde im Alter sichert. Die zentrale Forderung besteht darin, das Absinken des Rentenniveaus zu stoppen und über die gesetzliche Rente den Lebensstandard im Alter zu sichern. Um Beitragssatzsteigerungen zu verhindern, soll die Finanzierung eines stabilen Rentenniveaus über einen Demografiezuschuss aus Steuermitteln erfolgen. Zudem soll eine Solidarrente für langjährige Versicherte geschaffen werden und Selbstständige, die nicht über ein Versorgungswerk abgesichert sind, in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. Eine weitere Erhöhung des Renteneintrittsalters wird abgelehnt.

Die Position der vbw

Die Rentenpläne der SPD sind mit dem Gedanken der Generationengerechtigkeit nicht vereinbar. Mit der Einführung einer doppelten Haltelinie für Rentenniveau und Beitragssatz gibt die SPD den politischen Konsens auf, die Kosten, die durch den demografischen Wandel in der Rentenversicherung entstehen, fair zwischen den Generationen aufzuteilen. Von den Leistungsausweitungen profitieren Rentner und rentennahe Jahrgänge, die finanziellen Belastungen müssen jedoch einseitig jüngere Generationen tragen. Durch die Einführung einer Solidarrente wird das Äquivalenzprinzip der gesetzlichen Rentenversicherung verletzt, denn es werden Leistungen gewährt, denen keine entsprechenden Beitragszahlungen gegenüber stehen. Die Rentenversicherung darf aber nicht dafür missbraucht werden, den sozialen Ausgleich zu organisieren. Diese Aufgabe muss weiterhin über die Grundsicherung geleistet werden. Auch der Vorschlag für eine Einbeziehung Selbstständiger in die gesetzliche Rentenversicherung ist abzulehnen. Langfristig wird so die finanzielle Schieflage der Rentenversicherung verschärft, denn aus den Beitragszahlungen von heute resultieren Leistungsansprüche von morgen.

11.2 Gesetzliche und private Krankenversicherung (GKV/PKV), Pflege

Die Forderung der SPD
Bürgerversicherung

Die Position der vbw

Die Forderung nach einer Bürgerversicherung ist entschieden abzulehnen. Diese würde die Lohnnebenkosten massiv verteuern - das zeigt nicht zuletzt der vbw Bürgerversicherungsrechner, der auch an realen Beispielen die Mehrbelastung für die Unternehmen und damit auch deren Arbeitnehmer nachweist - und wie eine Sondersteuer auf hochqualifizierte Jobs wirkt; zudem wird das Gesundheitswesen eingeebnet und qualitativ verschlechtert; eine echte Zweiklassen-Medizin (im negativen Sinn) würde erst geschaffen.

Die Forderung der SPD nach einer Bürgerversicherung kommt auch mittelbar durch eine „paritätische“ Finanzierung und eine Angleichung der Honorarsysteme (EBM/GOÄ), die als frontaler Angriff auf das duale System gewertet werden muss. Desweiteren werden Leistungsausweitungen im Bereich der GKV und der Pflege gefordert, die langfristig finanziert werden müssen und die Zukunftsfähigkeit des Systems in Frage stellen. Begrüßenswert ist hingegen die Forderung, die Chancen der Digitalisierung auch im Gesundheitsbereich zu nutzen.

11.3 Arbeitslosenversicherung

Die Forderung der SPD
Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung und der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung

Die Position der vbw

Die von der SPD angestrebte Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zu einer Arbeitsversicherung und der Bundesagentur für Arbeit zu einer Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung sind eindeutig abzulehnen. Kernaufgaben der Arbeitslosenversicherung sind neben der Auszahlung des Arbeitslosengeldes die Vermittlung, Beratung und Förderung von Arbeitslosen. Nur unter klarer Verantwortungsteilung und eindeutig zielgerichtet ist die Übernahme von präventiven Aufgaben durch die Arbeitslosenversicherung vertretbar. Durchweg negativ zu bewerten sind auch die im Zusammenhang mit der Konzeption der Arbeitsversicherung stehenden inhaltlichen Vorschläge:

- Die betriebliche Weiterbildung ist vorrangig die Aufgabe von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Ein „Recht auf Weiterbildung“ würde einen einseitigen Anspruch schaffen und damit diesen Grundsatz verletzen. Die Bundesagentur für Arbeit muss

- sich hier auf eine Lotsenfunktion beschränken und auf die Angebote etablierter Anbieter verweisen.
- Eine verlängerte Bezugsdauer des Arbeitslosengelds in Gestalt des vorgeschlagenen Arbeitslosengelds Q würde zu einer Verfestigung von Arbeitslosigkeit beitragen und damit Langzeitarbeitslosigkeit befördern sowie einen neuen Frühverrentungsanreiz schaffen. Vielmehr sollte die Bezugsdauer des ALG I für alle Altersgruppen einheitlich auf zwölf Monate abgesenkt werden.
 - Eine Abschwächung oder sogar Abschaffung der Sanktionen im Bereich des SGB II ist abzulehnen. Wer Leistungen in Anspruch nimmt, muss dafür auch Gegenleistungen erbringen. Um Letzteres zu gewährleisten, sind Sanktionen zur Stärkung der Eigenverantwortung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten unentbehrlich. Die Beschäftigungserfolge der letzten Jahre wären ohne das ausgewogene Verhältnis des Förderns und Forderns nicht möglich gewesen.
 - Für eine Verdopplung des für ältere Menschen bereits erheblichen Schonvermögens besteht kein Bedarf. Auch die Verlängerung der Rahmenfrist auf drei Jahre und die Reduzierung der Anwartschaftszeit für das Arbeitslosengeld I auf drei Jahre sind abzulehnen. Denn zum einen würde die damit die Schutzfunktion der Arbeitslosenversicherung weiter ausgehöhlt. Zum anderen setzen die Vorschläge lediglich an den Symptomen unterbrochener Erwerbsverläufe und nicht an den tatsächlichen Ursachen dafür an.
 - Die angestrebte Übernahme des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe“ als Regelleistung in das SGB II ist abzulehnen. Die Integration von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt muss jederzeit Priorität genießen. Nur wenn und solange diese ausscheidet, kommen Instrumente des zweiten Arbeitsmarkts als Ultima Ratio im Einzelfall in Frage. Dabei müssen jedoch die gesetzlichen Voraussetzungen der „Zusätzlichkeit“, des „öffentlichen Interesses“ und der „Wettbewerbsneutralität“ strikt eingehalten werden, um bestehende Arbeitsplätze nicht zu gefährden oder ihre Entstehung zu verhindern.

11.4 Inklusion

Die Forderung der SPD
Inklusive Gesellschaft

Die Position der vbw

Positiv ist die Forderung nach einer Verbesserung des Übergangs von den Werkstätten für Behinderte in den allgemeinen Arbeitsmarkt zu bewerten. Klar abzulehnen ist hingegen die angestrebte, zusätzliche Stärkung der Rechte der Schwerbehindertenvertretungen. Um weitere Fortschritte bei der Inklusion in den Arbeitsmarkt erzielen, ist grundsätzlich ein Richtungswechsel von Regulierung und Zwang hin zu Informationen und Anreizen erforderlich.

12 Steuerpolitik

Wettbewerbsfördernde Steuerentlastung

Die Forderung der SPD *Mehr Netto vom Brutto!*

Die SPD will Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen mehr Netto vom Brutto lassen. Familien sollen steuerlich speziell entlastet werden, und zwar durch einen Wechsel vom Ehegattensplitting zu einem Familientarif und die besondere Förderung von Kindern und Alleinerziehenden. Spitzenverdiener sollen nicht entlastet werden. Die SPD will die Abgeltungsteuer abschaffen, große Erbschaften über eine umfassende Erbschaftsteuerreform mit hohen Freibeträgen stärker besteuern und die Finanztransaktionsteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und einfachen Steuersätzen einführen. Einzelne Privilegien in der Mehrwertsteuer sollen zurückgenommen, Steuerersubventionen überprüft werden. Die Absetzbarkeit von Managergehältern soll auf 500.000 Euro begrenzt werden. Die EU soll die Unternehmensbesteuerung harmonisieren, Mindeststeuersätze einführen, den Steuervollzug harmonisieren und Steuervermeidung sowie Steuerbetrug effektiv bekämpfen. Um Steuerbetrug wirksam zu bekämpfen, will die SPD unter anderem internationale Vereinbarungen gegen steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten vollständig umsetzen.

Die Position der vbw

Einkommensteuerliche Entlastung im Sinne mehr Netto vom Brutto ist wichtig. In dem Zusammenhang fehlen allerdings zentrale Stichworte, wie der Abbau der kalten Progression und des Solidaritätszuschlags, ebenso wie vorab diskutierte Details zu Entlastungsvorstellungen der SPD. Jede Form von Steuererhöhung, ob für große Einkommen, für Erbschaften, für Zinseinkünfte oder Finanztransaktionen ist angesichts der Entwicklung des Steueraufkommens nicht hinnehmbar und angesichts spezieller mit den jeweiligen Vorhaben verbundener Zusammenhänge auch nicht gerecht. So würde eine Abkehr von der Abgeltungsteuer Dividendeneinkünfte übermäßig belasten, die Finanztransaktionsteuer die Altersvorsorge beschädigen, die skizzierte Reform der Erbschaftsteuer Betriebsvermögen treffen und die Begrenzung des Betriebsausgabenabzugs von Managergehältern das Prinzip der steuerlichen Leistungsfähigkeit missachten. Selektive Eingriffe in ermäßigte Sätze bei der Mehrwertsteuer sind nicht sinnvoll. Die Satzstruktur muss auf europäischer Ebene grundlegend angegangen und vereinfacht werden.

Eine Harmonisierung und Konsolidierung der Körperschaftsteuer in der EU ist zielführend. Mindeststeuersätze lehnt die vbw ab. Eine Harmonisierung des Steuervollzugs ist vor allem auf dem Feld der Umsatzsteuer notwendig. Kampf gegen Steuerbetrug ist richtig, muss aber mit Augenmaß, also ohne Beschädigung ehrlicher Steuerzahler erfolgen.

13 Umwelt

Umweltschutz nicht auf Kosten der Wettbewerbsfähigkeit

Die Forderung der SPD
Zugang zu einer intakten Natur erhalten

Die SPD will allen Menschen den Zugang zu einer intakten Natur erhalten. Bedrohte Tier- und Pflanzenarten und ihre Lebensräume sollen besser geschützt werden.

Die Position der Bewertung vbw

Bei Zustimmung zum grundsätzlichen Ziel der SPD: Eine moderne Umweltpolitik muss die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen steigern, Eigentum achten und auf Eigenverantwortung statt auf bürokratische Regulierung setzen. Zum Schutz der biologischen Vielfalt ist dem freiwilligen, flexiblen und kooperativen Naturschutz Vorrang einzuräumen.

14 Unternehmensmitbestimmung

Standortnachteil nicht verschärfen

Die Forderung der SPD

Absenkung Schwelle im Mitbestimmungsgesetz auf 1.000 Mitarbeiter, Erstreckung auf ausländische Gesellschaften mit Zweigniederlassung in Deutschland, Pflicht zur Neuverhandlung der Mitbestimmung in der SE, Konzernanrechnung auch im Drittelbeteiligungsgesetz

Die Position der vbw

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten von Unternehmen gilt bereits heute als erheblicher Nachteil für den Wirtschaftsstandort Deutschland, der die Ansiedlung von internationalen Unternehmen behindert. Eine Anpassung des Rechts der Unternehmensmitbestimmung bei international aufgestellten Unternehmen und Konzernen wäre daher schädlich. Die Vereinbarung zur Mitbestimmung in der SE kann bereits heute Kriterien für die Pflicht zur Neuverhandlung festlegen – ein gesetzlicher Zwang ist deshalb nicht erforderlich. Die uneingeschränkte Berücksichtigung der Arbeitnehmer von Tochter- und Enkelgesellschaften würde zu einer erheblichen Ausweitung der Unternehmensmitbestimmung bei mittelständischen Konzernmüttern führen. Dies würde einen ungerechtfertigten Eingriff in die unternehmerische Entscheidungsfreiheit und in die Eigentumsrechte der Unternehmensinhaber bedeuten.

15 Urheberrecht

Ausgleich der Interessen von Urhebern und Nutzern

Die Forderung der SPD

Verbesserung der Stellung von Urhebern im digitalen Zeitalter, Harmonisierung des Urheberrechts in der Europäischen Union

Die Position der vbw

Es ist wichtig, dass die Interessen der Rechteinhaber und der Nutzer in Einklang gebracht werden. Einerseits dürfen Synergieeffekte nicht unverhältnismäßig beschränkt werden. Andererseits muss klargestellt werden, dass es sich beim Internet nicht um einen rechtsfreien Raum handelt, an dem jeder anonym Urheberrechte und andere Schutzrechte verletzen kann und Unternehmen ihre Geschäftsmodelle auf fremden Leistungen und auf der Arbeitskraft anderer aufbauen können, ohne die Betroffenen am Umsatz zu beteiligen. Eine Vereinheitlichung des Rechtsrahmens auf europäischer Ebene ist insoweit grundsätzlich sinnvoll.

16 Verbraucherrechte

Eigenverantwortung der Verbraucher stärken

Die Forderung der SPD

Musterfeststellungsklage und Nährwert-Ampel einführen,

Qualifizierte Verbände sollen aus Sicht der SPD rechtliche Streitigkeiten mit nur einer Klage vor Gericht (Musterfeststellungsklage) klären lassen können. Alle sollen die Möglichkeit gesunder Ernährung haben. Dafür soll es leicht verständliche Kennzeichnungen wie die Nährwert-Ampel und eine klare Herkunftskennzeichnung geben.

Die Position der vbw

Die Einführung eines neuen prozessualen Instruments der Musterfeststellungsklage ist strikt abzulehnen. Sammel- oder Gruppenverfahren sind weder erforderlich noch in der Lage, Missbrauchsmöglichkeiten zu Lasten der Unternehmen auszuschließen. Es gibt keinen Bedarf für weitere Erleichterungen bei der Geltendmachung von Ansprüchen vor Gericht.

Das europäische Recht der Lebensmittelkennzeichnung wurde erst 2014 umfassend neu geregelt. Weitere Pflichten sowie nationale Insellösungen sind abzulehnen. Im Bereich der Ernährung existiert kein allgemeingültiges Richtig oder Falsch. Deshalb ist eine farbliche Kennzeichnung von Lebensmitteln durch eine sogenannte „Ampel“ der falsche Ansatz.

17 Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion

Keine Transferunion schaffen

Die Forderung der SPD

Wirtschaftsregierung für den Euroraum

Die SPD setzt auf eine Wirtschaftsregierung für den Euroraum mit einem europäischen Wirtschafts- und Finanzminister und legitimiert durch ein Eurozonen-Parlament. Für die Eurozone soll ein Finanzbudget geschaffen werden, finanziert auch über eine wirksame Besteuerung der Finanzmärkte. Der Europäische Investitionsfonds soll ein Europäischer Währungsfonds werden.

Die Position der vbw

Es ist nicht erkennbar, wie die Voraussetzungen einer Wirtschaftsregierung für den Euroraum geschaffen werden könnten und welche konkreten Aufgaben sie wahrnehmen sollte. Eventuell damit verbundene neue Transferautomatismen und -systeme lehnt die vbw ebenso ab wie eigene EU-Steuern.

18 Wirtschaftskriminalität

Unternehmerisches Handeln nicht durch Sanktionsrisiken erschweren

Die Forderung der SPD

Präzisierung des Tatbestands der Untreue, neue Grundlage für Verfolgung der Rechtsverstöße von Unternehmen, flexible Bußgeldobergrenze

Die Position der vbw

Die Sanktionen dürfen nicht weiter verschärft werden, damit Unternehmer nicht aufgrund der Furcht vor Fehlverhalten auf wirtschaftlich sinnvolle Entscheidungen verzichten. Die Einführung eines Unternehmensstrafrechts ist mit dem Schuldprinzip unvereinbar und deshalb abzulehnen.

19 Wirtschafts- und Innovationspolitik

Steuerliche Forschungsförderung einführen

Die Forderung der SPD

Mehr Geld für Forschung und Entwicklung bereitstellen

Die SPD will mehr Geld für Forschung und Entwicklung bereitstellen – bis 2025 sollen 3,5 Prozent des BIP in F+E fließen -, einen KMU-Forschungsbonus einführen, in schnelle Glasfaser investieren, Innovationen und Digitalisierung im Mittelstand fördern, regionale Innovationsagenturen gründen, zukunftsweisende Technologien fördern, die Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben und Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen und Wagniskapital verbessern.

Die Position der vbw

Es ist gut, dass die SPD mehr Geld für Forschung, Entwicklung und Innovation bereitstellen und das entsprechende Geschehen vorantreiben will. Statt eines Forschungsbonus für KMU muss eine steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen jeder Größenordnung eingeführt werden. Eine weitergehende Förderung des Ausbaus der digitalen Netze, speziell bei Glasfaser und Mobilfunk, ist zielführend. Allerdings fehlen dazu konkrete Aussagen. Die Einrichtung regionaler Innovationsagenturen sollte Sache der Länder sein. Bessere Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen und Wagniskapital sind notwendig, die SPD bleibt mit ihren Vorstellungen zu vage.

20 Zuwanderung

Deutschland braucht kein Einwanderungsgesetz

20.1 Einwanderungsgesetz

Die Forderung der SPD

Einwanderungsgesetz mit Punktesystem

Die Position der vbw

Die Forderung nach der Schaffung eines Einwanderungsgesetzes inklusive der Einführung eines Punktesystems ist abzulehnen. Zum einen besteht kein Bedarf für eine grundsätzliche Neugestaltung des zugewanderungsrechtlichen Rahmens für Drittstaatsangehörige, da ihre Erwerbsmigration bereits durch das geltende Regelwerk gesteuert wird. Zudem wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren schrittweise liberalisiert. Stichworte sind hier unter anderem die Einführung der Positivliste der Bundesagentur für Arbeit und der „Blauen Karte EU“. Schließlich adressiert der SPD-Vorschlag nicht die tatsächlichen Problemlagen (z. B. Defizite bei der praktischen Umsetzung des Zuwanderungsrechts).

20.2 Integration

Die Forderung der SPD

Fluchtursachen bekämpfen, Außengrenzen Europas sichern und Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen

Die SPD fordert im Einzelnen:

- Fluchtursachen bekämpfen, Außengrenzen Europas sichern und Flüchtlinge innerhalb Europas solidarisch verteilen
- Finanzielle Unterstützung ausweiten für EU-Mitglieder, die Flüchtlinge aufnehmen und integrieren
- Kontingentaufnahme von Geflüchteten durch die EU (Antragstellung im Herkunftsland) und faire Verteilung innerhalb der EU
- anerkannte Flüchtlinge besser integrieren und abgelehnte Asylbewerber konsequenter zurückführen
- Asylverfahren beschleunigen und Sprachkurs-, Bildungs-, Qualifizierungsangebote ausbauen
- Aufhebung des temporären Aussetzens des Familiennachzugs
- Geflüchtete Frauen stärker unterstützen (z. B. Kinderbetreuung, bei Unterbringung)
- Freiwillige Rückkehr erhöhen (z. B. durch Ausweitung der Beratungsangebote)

- Keine Abschiebungen nach Afghanistan, auch rückwirkend für Personen, die seit zwei Jahren in Deutschland leben
 - Verbesserung der Anerkennung von ausländischen Bildungsabschlüssen
 - Bildungsteilhabe für alle gewährleisten, auch über die (Berufs-)Schulpflicht hinaus
 - Integrationskurse besser auf die Zielgruppe ausrichten, für Asylbewerber und Geduldete öffnen und die Kurse mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen verankern
 - Kompetenzfeststellung und Arbeitsmarktintegration verzahnen
 - 3+2-Regelung „mit Leben füllen“ und ggf. auf Studierende ausweiten
-

Die Position der vbw

Die Positionen der SPD decken sich in vielen Punkten mit denen der vbw und sind daher zu begrüßen, insbesondere bezogen auf die europäischen Lösungen oder den Ausbau von Bildungsangeboten. Einige Vorhaben der SPD sind – zumindest in Bayern – gelebte Praxis, wie die Ausweitung der Schulpflicht, oder es bestehen bereits entsprechende rechtliche Vorgaben, wie die dauerhafte Bleibeperspektive für ausländische Studierende, die heute schon 18 Monate nach Abschluss bleiben dürfen. Andere Forderungen widersprechen unserer Zielsetzung eines geordneten und beschränkten Zuzugs und könnten eine Pull-Wirkung erzielen, wie die Ausweitung der 3+2-Regelung auf Studierende. Ein Teil unserer Forderungen, z. B. nach einer Öffnung der ausbildungsbegleitenden Förderinstrumente mit Abschluss eines Ausbildungsvertrags, fehlt.

Ansprechpartner

Dagmar von Bohnstein

Abteilung Planung und Koordination

Telefon 089-551 78-159

Telefax 089-551 78-91159

dagmar.von_bohnstein@vbw-bayern.de

Impressum

Alle Angaben dieser Publikation beziehen sich grundsätzlich sowohl auf die weibliche als auch auf die männliche Form. Zur besseren Lesbarkeit wurde meist auf die zusätzliche Bezeichnung in weiblicher Form verzichtet.

Herausgeber:

vbw

Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

Max-Joseph-Straße 5
80333 München

www.vbw-bayern.de

© vbw Juni 2017